

ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – TRÄUMEREI ODER REALISTISCHE ALTERNATIVE?



em. Prof. Dr. DDr.h.c. Friedrich Schneider

E-mail: friedrich.schneider@jku.at

<http://www.econ.jku.at>

November 2017

Überarbeitete Version



**JOHANNES KEPLER
UNIVERSITY LINZ**

INHALT

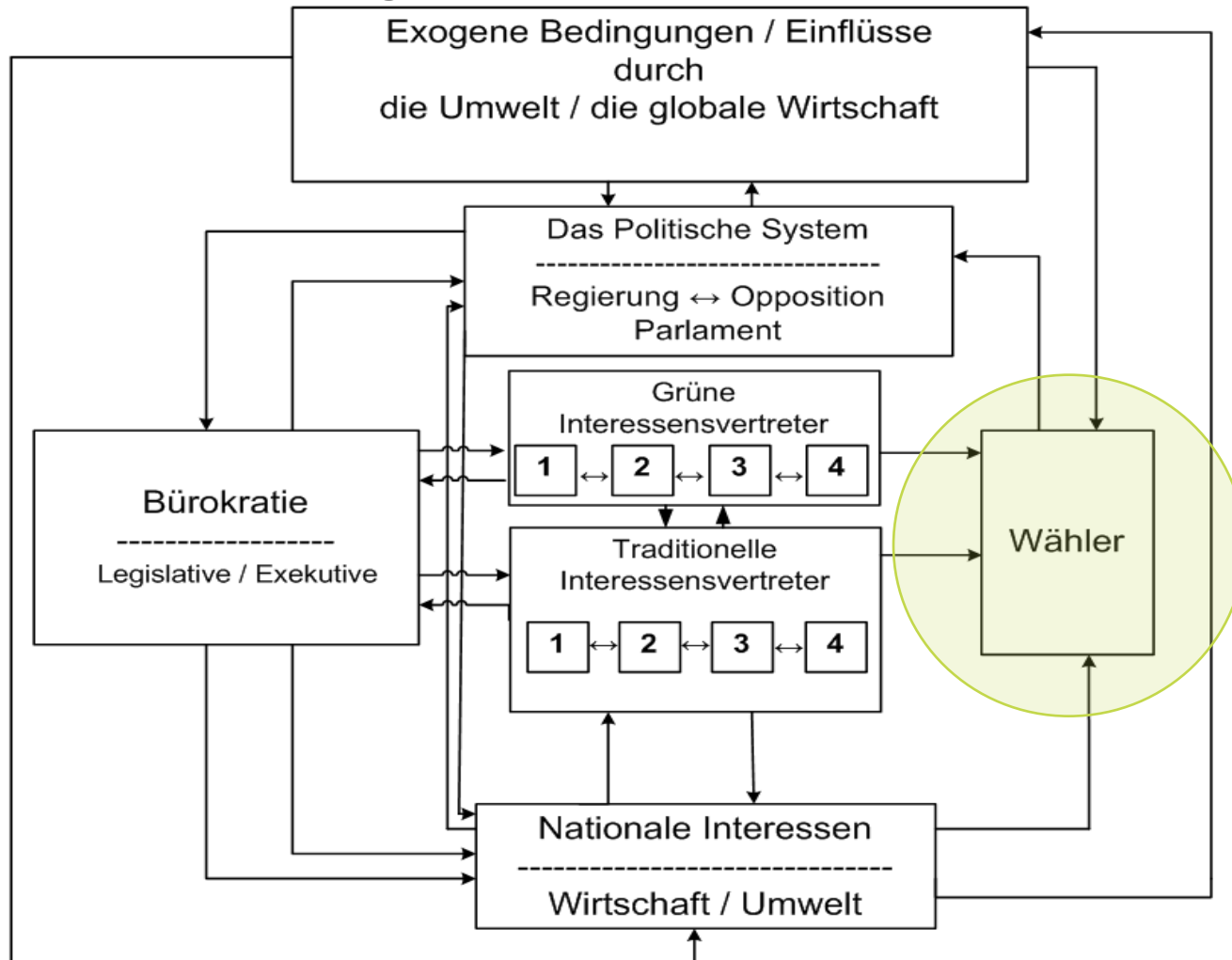
- 1. Einleitung: Ökosoziale Marktwirtschaft – wo stehen wir heute?**
- 2. Der Ansatz der Neuen Politischen Ökonomie zur Erklärung des geringen Handelns**
- 3. Der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in einer ökosozialen Marktwirtschaft**
- 4. Abschließende Bemerkungen – was ist zu tun?**

1. EINLEITUNG UND MOTIVATION

- (1) Seit den frühen siebziger Jahren ist Umweltpolitik nicht mehr vorrangig von command-and-control Instrumenten geprägt, auch marktbasierende, d.h. anreizorientierte Instrumente werden vermehrt eingesetzt.**
- (2) Aber: Nur 5 der EU-15 Ländern (GR, FR, DE, UK, SE) haben ihre im Kyoto Protokoll festgelegten CO₂-Emissions-reduktionsziele nur durch inländische Maßnahmen erzielt, die Mehrzahl hat Erfüllung durch Zukäufe von Zertifikaten aus dem Ausland erreicht.**
- (3) Insgesamt ist der Einsatz marktbasierter Instrumente aus ökonomischer Sicht noch immer unzureichend, insbesondere hinsichtlich ihrer Steuerungswirkung.**
- (4) Ziel dieses Vortrags ist, die mangelnde Umsetzung einer ökosozialen Marktwirtschaft mit Hilfe der Ökonomischen Theorie der Politik zu erklären.**

2. EIN POLIT-ÖKONOMISCHES MODELL DER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Figur 2.1: Interaktion wichtiger Akteure aus der Neuen Politische Ökonomie



2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE

Im Ansatz der Neuen Politischen Ökonomie werden folgende Akteure analysiert:

- (1) Wähler,
- (2) Politiker,
- (3) Öffentlich Bedienstete, d. h. primär die in der öffentlichen Umweltverwaltung Tätigen, und
- (4) die „Wirtschaft“.

Zum einen die Eigentümer, Manager und Beschäftigten der Industrien sowie deren Interessensgruppen, als auch *zum anderen* die Umweltgruppen, meistens Befürworter einer ökosozialen Marktwirtschaft.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

- ▶ **Verglichen mit den siebziger Jahren hat die Sensibilität der Wähler hinsichtlich der Verbesserung der Umwelt und den damit verbundenen Einführung einer ökosozialen Marktwirtschaft stark zugenommen.**
- ▶ **Es ist allerdings offensichtlich, dass ökologische mit anderen (ökonomischen) Zielen der Wähler in Konkurrenz stehen, wie z. B. der Sicherung des Arbeitsplatzes oder des persönlichen Komforts (z.B. Auto vor der Tür! – jederzeit fahrbereit!!)**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

Tab. 2.1: Die wichtigsten Themen, mit denen sich die EU aus Sicht der BürgerInnen aktuell auseinandersetzen muss (Resultate der Eurobarometer-Umfrage, Nov. 2012 – Mai 2017)

Thema	Antworten in %						Veränderung 2012 bis 2017 [in %-Pkt.]		DE 2017 (RANG)
	Nov.12	Nov.13	Nov.14	Nov.15	Nov.16	Mai.17	EU	DE	
Terrorismus	4%	6%	11%	25%	32%	44%	39%	24%	34%(2)
Immigration	8%	16%	24%	58%	45%	38%	30%	29%	39%(1)
Wirtschaftliche Situation	53%	45%	33%	21%	20%	18%	-35%	-19%	20%(5)
Öffentliche Finanzen der Mitgliedsländer	32%	26%	25%	17%	17%	17%	-14%	-	22%(4)
Arbeitslosigkeit	36%	36%	29%	17%	16%	15%	-21%	-13%	23%(3)
Kriminalität	6%	8%	7%	8%	8%	10%	4%	9%	18%(6)
Einfluss der EU in Welt	7%	6%	9%	6%	10%	9%	2%	-	7%(7)
Klimawandel, Umwelt, Energie	10%	13%	19%	14%	17%	16%	6%	-5%	5%(8)
Steigende Preise	16%	12%	10%	7%	8%	7%	-8%	-18%	3%(10)
Steuersystem	6%	7%	6%	3%	4%	3%	-2%	0%	4%(9)
Pensionen	3%	4%	4%	3%	4%	3%	0%	2%	5%(8)
Sonstige Antworten	5%	6%	9%	7%	6%	6%	1%	1%	5%(8)

Quelle: Eurobarometer, Stand: Okt. 2017, http://www.ec.europa.eu/public_opinion/

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

Tab. 2.2: Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen, November 2012- Mai 2017

Was halten Sie für die beiden wichtigsten Themen in ihrem *Heimatland (Österr.)*?

#	Probleme	Nov.12	Nov.13	Nov.14	Nov.15	Nov.16	Mai.17	Veränderung von 2012 zu 2017 in %-Punkten
1	Arbeitslosigkeit	95%	49%	45%	36%	31%	29%	-65%
2	Immigration	15%	12%	18%	36%	26%	22%	7%
3	Gesundheitswesen und Soziale Sicherheit	24%	12%	16%	14%	18%	20%	-4%
4	Terrorismus	3%	2%	6%	11%	14%	19%	16%
5	Wirtschaftliche Situation	73%	33%	24%	19%	19%	16%	-57%
6	Steigende Preise, Inflation, Lebenskosten	46%	20%	14%	14%	15%	15%	-32%
7	Pensionen	16%	10%	11%	10%	15%	13%	-3%
8	Erziehungswesen	13%	8%	9%	8%	10%	12%	-2%
9	Kriminalität	22%	11%	9%	10%	11%	12%	-11%
10	Staatsverschuldung	33%	14%	14%	10%	10%	10%	-24%
11	Wohnwesen	8%	5%	6%	8%	8%	8%	0%
12	Umwelt, Klima, Energie	9%	5%	7%	6%	7%	7%	-2%
13	Steuersystem	19%	11%	10%	8%	7%	7%	-11%
14	Sonstige Antworten	3%	2%	4%	4%	2%	3%	1%

Quelle: Eurobarometer, Stand: Okt. 2017, http://www.ec.europa.eu/public_opinion/

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

- ▶ Häufig gibt es einen Trade-off zwischen einer Verbesserung der Umweltsituation und der Produktion zusätzlicher Güter, d. h. die Wähler müssen zwischen einer gestiegenen Umweltqualität und höherem Realeinkommen abwägen.
- ▶ In solchen Situationen hängt die Entscheidung der Wähler ab von
 - (i) ihrer Information über die Konsequenzen der Umweltprobleme,
 - (ii) der Zeitspanne zwischen dem Ergreifen einer umweltpolitischen Maßnahme und der dadurch bewirkten Verbesserung der Umweltsituation (bei globalen Umweltproblemen meistens zwischen 30 bis 70 Jahre!),
 - (iii) ihre Einschätzung der Zukunft, sowie
 - (iv) ihr Vertrauen in politische Institutionen.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

Fazit:

- ▶ **Eigennutzeninteressierte Individuen dürften insbesondere bei ökologischen Maßnahmen, welche (fast) ausschließlich allen zukünftigen Generationen zugute kommen, kaum Kosten/Nachteile auf sich nehmen.**
- ▶ **Anteil von Grün-Wählern liegt in den meisten OECD-Ländern zwischen 5-15%!!**
- ▶ **Wähler sind Gebote/Verbote gewöhnt und akzeptieren sie eher als Lösungsmechanismus bei Umweltproblemen als zu anreizorientierten Instrumenten.**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (2) REGIERUNG

- ▶ In repräsentativen Demokratien verfolgt die Regierung häufig eine am Eigennutzen orientierte Politik; insbesondere wenn ihre Wiederwahl gefährdet ist, wird sie eine populistische Politik betreiben und im anderen Fall eine entsprechend ihren (ideologischen) Vorstellungen.
- ▶ Da sehr häufig eine Mehrheit der Wähler keine ökosoziale Marktwirtschaft akzeptiert, hat eine Regierung keinen Anlass, zur Verbesserung ihrer Wiederwahlchancen eine effiziente ökosoziale Marktwirtschaft.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (2) REGIERUNG

- ▶ Falls eine ‚grüne‘ Partei in einer Regierungskoalition ist, kann eine Regierung durchaus eine intensivere ökosoziale Marktwirtschaft betreiben, als von einer Mehrheit der Wähler gewünscht wird, solange dadurch die Wiederwahl der Regierung insgesamt (und insbesondere die des größeren Koalitionspartners) nicht gefährdet wird.
- ▶ Insgesamt ergibt sich, dass die meisten Regierungen eher wenig Interesse an einer ökosozialen Marktwirtschaft haben.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (2) REGIERUNG

- ▶ Häufig geht die Regierung davon aus, dass die Wähler die Wirkungen der ökosozialen Maßnahmen nicht durchschauen.

Daher hat eine Regierung sicherlich ein Interesse an einer *symbolischen ökosozialen Politik*, bei welcher Maßnahmen beschlossen und Gesetze erlassen werden, die jedoch kaum ökologische (Lenkungs-) Auswirkungen haben.

→ Dies wird häufig als „*Öko-Schmäh*“ bezeichnet!

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (2) REGIERUNG

Fazit:

- ▶ **Soweit die Regierung marktwirtschaftliche Instrumente einsetzt, dürften sie Umweltsteuern den Umweltzertifikaten vorziehen. Grund: Der Ertragseffekt durch die Steuern:**
- ▶ **Einsatz von Öko-Steuern: In 2/3 der Fälle dominiert der Ertragseffekt und nicht der Lenkungseffekt, daher sind diese Instrumente beim Finanzminister sehr beliebt!!**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (3) ÖFFENTLICHE BEDIENTETE

- ▶ **Zumindest in Europa gilt, dass viele Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung gegen den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente sind und dirigistische Maßnahmen vorziehen.**
- ▶ **Wichtig für die öffentliche Verwaltung ist, dass die durchgeführte Politik ihre persönliche Stellung in der Umweltverwaltung bzw. in der Umweltpolitik stärkt bzw. zumindest nicht beeinträchtigt.**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- ▶ Wenn in einem Land die Einführung eines anreizorientierten Instruments (z.b. Ökosteuern) vorgeschlagen wird, sind sie meistens entschiedene Gegner dieser Maßnahme:

Die Wirtschaftsverbände argumentieren dagegen und fordern anstatt dessen freiwillige Vereinbarungen oder den Einsatz bürokratischer Instrumente oder - bestenfalls - den Einsatz handelbarer Zertifikate. Bei letzteren fordern sie freilich, dass die Anfangsausstattung zum Nullpreis abgegeben werden soll.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- ▶ Bei dirigistischen Maßnahmen, wie Ge- und Verbote, haben die einzelnen Firmen bei den Verhandlungen mit der Umweltbehörde einen (teilweise erheblichen) Spielraum.
- ▶ Dabei haben sie vor der Behörde einen Informationsvorsprung: Im Gegensatz zu dieser kennen sie die erforderlichen Prozesse und die bei einer Emissionsreduktion anfallenden Kosten.
- ▶ Sie können mit einem Abbau der Beschäftigung und eventuell sogar mit einer Verlagerung der Produktion ins Ausland drohen.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- ▶ **Wegen dieser starken Stellung ist es für sie vorteilhaft, in den politischen Prozess durch Lobbying zu investieren.**

Dies ist häufig mit einer hohen Rendite verbunden: Firmen oder Verbände können durch geschicktes politisches Lobbying Ausnahmeregelungen erreichen, die ihnen unmittelbar nutzen und die Kosten der Allgemeinheit und/oder ihrer Konkurrenten aufbürden.

- ▶ **Ein weiteres Ziel ist, ob die Ausgabe der handelbaren Zertifikate mittels Grandfathering (zum Null-Preis) oder mit tatsächlichen Preisen durchgeführt wird:**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- i. Werden die Zertifikate (nicht zum Nullpreis) versteigert, erhält die Regierung zusätzliche Einnahmen, die zur Reduktion anderer Steuern verwendet werden und damit der Allgemeinheit zugute kommen können.**
- ii. Erhalten dagegen die bestehenden Firmen ihre Anfangsausstattung mit Zertifikaten umsonst, dann erhalten die existierenden Firmen zusätzliche Renten.**

Sie gewinnen darüber hinaus einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber Firmen, die neu in diesen Markt eintreten wollen, da diese dann meistens die dafür erforderlichen Zertifikate bezahlen müssen; d.h. das Grandfathering führt zu einer Markteintrittsbarriere.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

Die Überlegenheit der traditionellen Verbände gegenüber den Umweltverbänden:

- (1) Im Gegensatz zu den Umweltverbänden sind die traditionellen Verbände (z.B. Arbeitgeber und Arbeitnehmerverb.) schon sehr viel länger im politischen Prozess organisiert; und haben beträchtliche finanzielle Mittel.**
- (2) Sie verfügen über genaue Informationen, in welchem Ausmaß sie von einer ökosozialen Marktwirtschaft betroffen wären, und sie können diese Information im politischen Prozess gezielt (z. B. mit der Drohung einer Standortverlagerung) einsetzen; d.h. ihre Marktmacht ist groß.**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

(3) Im Vergleich dazu befinden sich die *Umweltverbände* nur dann in einer stärkeren Situation, wenn

- ▶ sie unterbliebene Umweltmaßnahmen aufzeigen oder, wie z. B. Greenpeace spektakuläre Aktionen starten;**
- ▶ sie dadurch erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung erringen sowie den privaten Konsum beeinflussen und damit Druck auf einzelne Wirtschaftszweige ausüben.**

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

- ▶ Ein Anreiz für eine ökologische Steuerreform liegt bei den politischen Parteien bei der „sogenannten“ doppelten Dividende: Einmal werden Umweltziele erreicht und zum anderen können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Meistens ist der zweite Effekt quantitativ bescheiden, aber hilft wesentlich in der Durchsetzung einer ökologischen Wirtschaftspolitik.

- ▶ Dies setzt allerdings voraus, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen zur Gänze zur Senkung von Steuern auf den Faktor Arbeit eingesetzt werden.

→ Dies war in Österreich noch nie der Fall!!!

Tab. 3.1: Ergebnisse von einigen Studien zur “doppelten Dividende”

Studie <i>1) BAU = „business as usual“</i>	Region/Land	Veränderung der Emissionen	Beschäftigungs- effekt
		(% vs. BAU ¹⁾)	(% vs. BAU ¹⁾)
Bayar (1998)	Europäische Union	-16	1,3
Ellingsen et al. (2000)	Europäische Union	-14	1,0
Bosello and Carraro (2001)	Europäische Union	-14	1,3
Barker (1998)	Europäische Union	-10	1,2
Welsch (1996)	Europäische Union	-6,5	1,7
Koschel (2001)	Europäische Union	-5	0,6
Welsch (1998)	Europäische Union	-8,5	5,4
Buttermann & Hillebrand (1996)	Deutschland	-17,1	0,7
DIW (1994)	Deutschland	-17,1	1,1
Meyer (2001)	Deutschland	-16,9	1,6
Schmidt and Koschel (1999)	Deutschland	-15,5	0,6
Conrad and Löschel (2002)	Deutschland	-13,7	0,4
Stephan et al. (2003)	Deutschland	-2	0,6
<i>Köppl et al. (1995)</i>	<i>Österreich</i>	<i>-7</i>	<i>0,4</i>
Meyer zu Himmern (1997)	Schweiz	-15,4	0,1

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

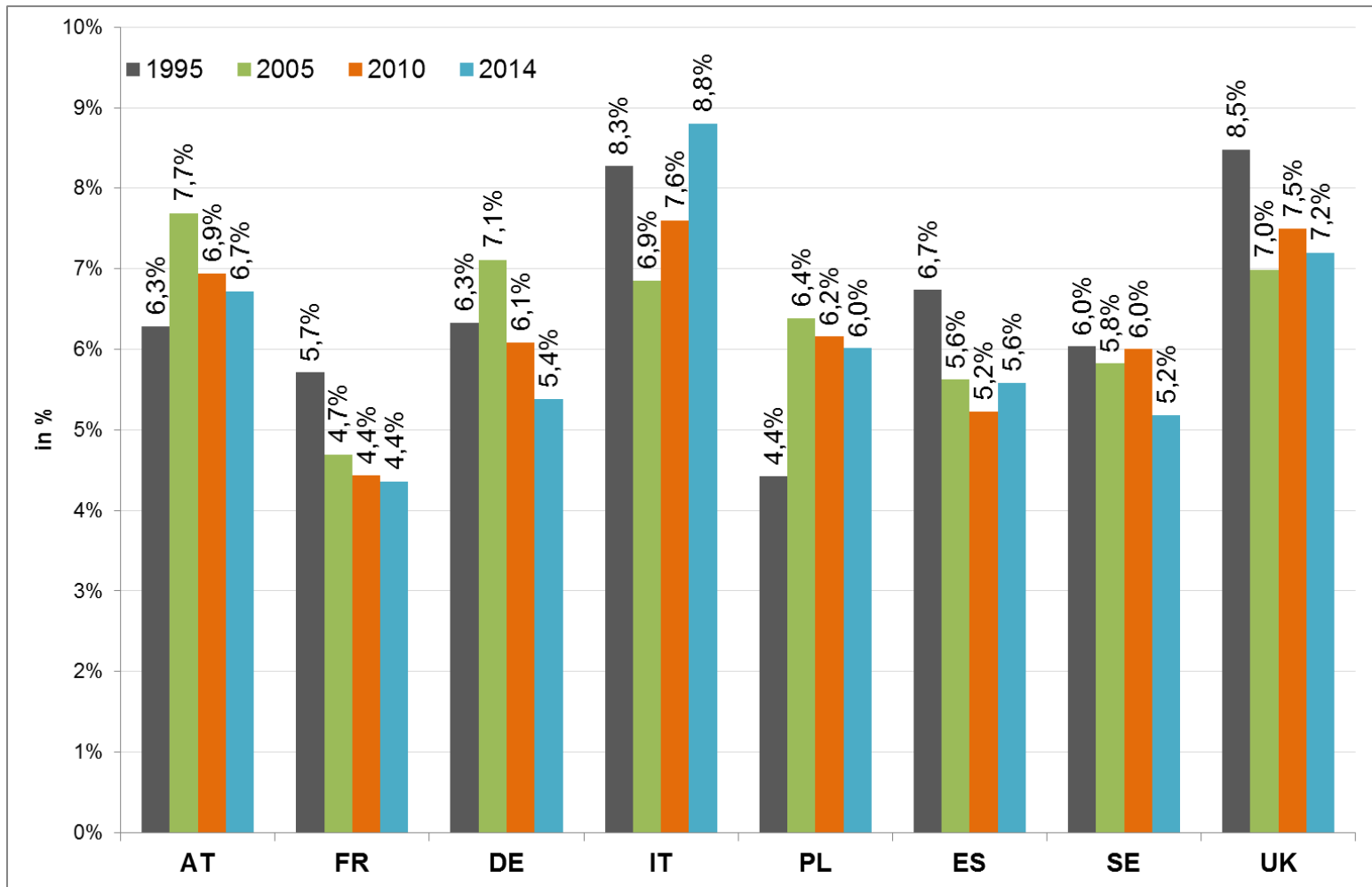
- ▶ **Generell haben „Öko-Steuern“ die folgenden politisch-ökonomischen Vorteile:**
 - (i) **Umweltsteuern treffen auf weniger Widerstand als andere Steuern, und ihre Einnahmen können für die Finanzierung neuer Projekte eingesetzt werden.**
 - (ii) **Dies ist angesichts der Tatsache wichtig, dass die sozialen Systeme in vielen Ländern heute nicht mehr nachhaltig finanziert sind und neue Quellen der Finanzierung zur Erhaltung dieser Systeme benötigt werden.**

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

- (iii) Somit besteht die Möglichkeit, dass eine der Umwelt dienliche Politik verfolgt wird, mit der jedoch hauptsächlich andere (z.B. ideologische > Vergrößerung des Staatssektors) Ziele angestrebt werden.
- (iv) Dies funktioniert allerdings nur, solange der *Ertragseffekt über den Lenkungseffekt* dominiert, was leider der Normalfall ist.
- (v) Dominiert hingegen der *Lenkungseffekt*, dann schwindet die Steuerbasis und der *zusätzliche Einkommenseffekt* verringert sich stark.

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Abb. 3.1: Staatliche Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern in % der gesamten Steuereinnahmen einiger ausgewählter Länder im Vergleich zu Österreich



Quelle: OECD Database, Okt. 2017.

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN JÜNGERER ZEIT – (2) HANDELBARE ZERTIFIKATE

Der Einsatz handelbarer Zertifikate in der internationalen Klimapolitik – eine ideale Lösung?

- (1) Auf den ersten Blick scheint der Einsatz handelbarer Zertifikate eine ideale bzw. optimale Lösung zu sein. Die globale Erwärmung ist ein globales Übel, und der durch die CO₂-Emissionen angerichtete Schaden, ist unabhängig davon, wo dieses Gas auf der Erde emittiert wird.**
- (2) CO₂-Zertifikate, die sicher stellen, dass der Preis pro emittierte Tonne auf der ganzen Welt gleich ist, wären das ökonomisch effizienteste Instrument, um dieses Problem zu bewältigen.**
- (3) Eine zentrale Frage ist jedoch, wie die Rechte zur Emission von CO₂ vor Beginn des Handels verteilt werden sollen.**

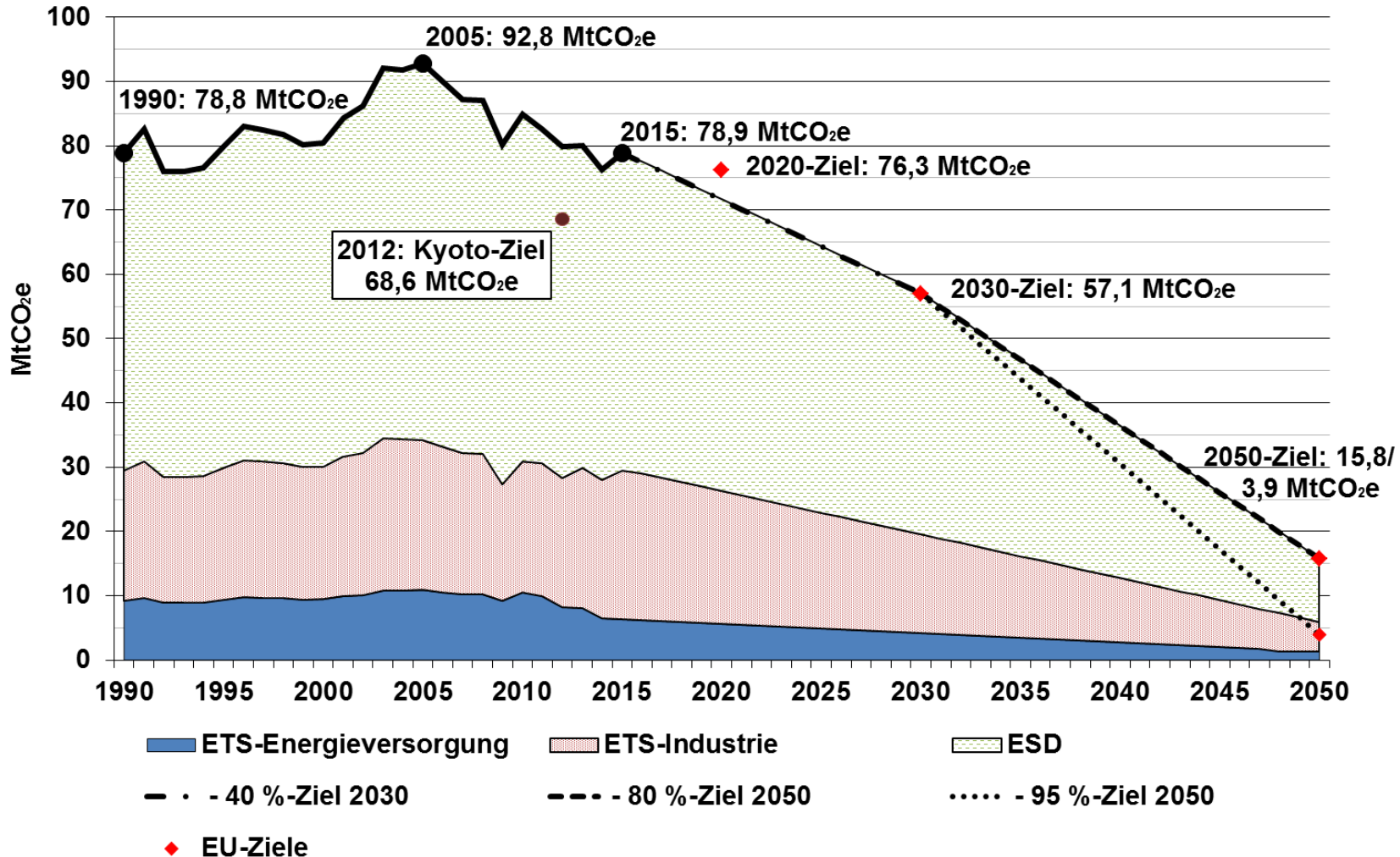
3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN JÜNGERER ZEIT – (2) HANDELBARE ZERTIFIKATE

Häufig gemachte Vorschläge:

- (1) Jeder Mensch auf der Erde erhält das gleiche Recht, die Atmosphäre mit Schadstoffen zu belasten.
- (2) Dies würde zu einer gewaltigen Umverteilung von den Industrie- zu den Entwicklungsländern führen.
- (3) Aus einer globalen Perspektive ist dies sinnvoll, es ist jedoch utopisch anzunehmen, dass die Industrieländer einer solchen Umverteilung zustimmen würden, da dies ihren Wohlstand stark verringern würde.
- (4) Darüber hinaus gibt es *bisher keine internationale Institution*, die nicht nur den Handel organisieren würde, sondern die auch durchsetzen könnte, dass kein Land mehr CO₂ emittiert, als ihm gemäß den von ihm gehaltenen Zertifikaten zusteht.

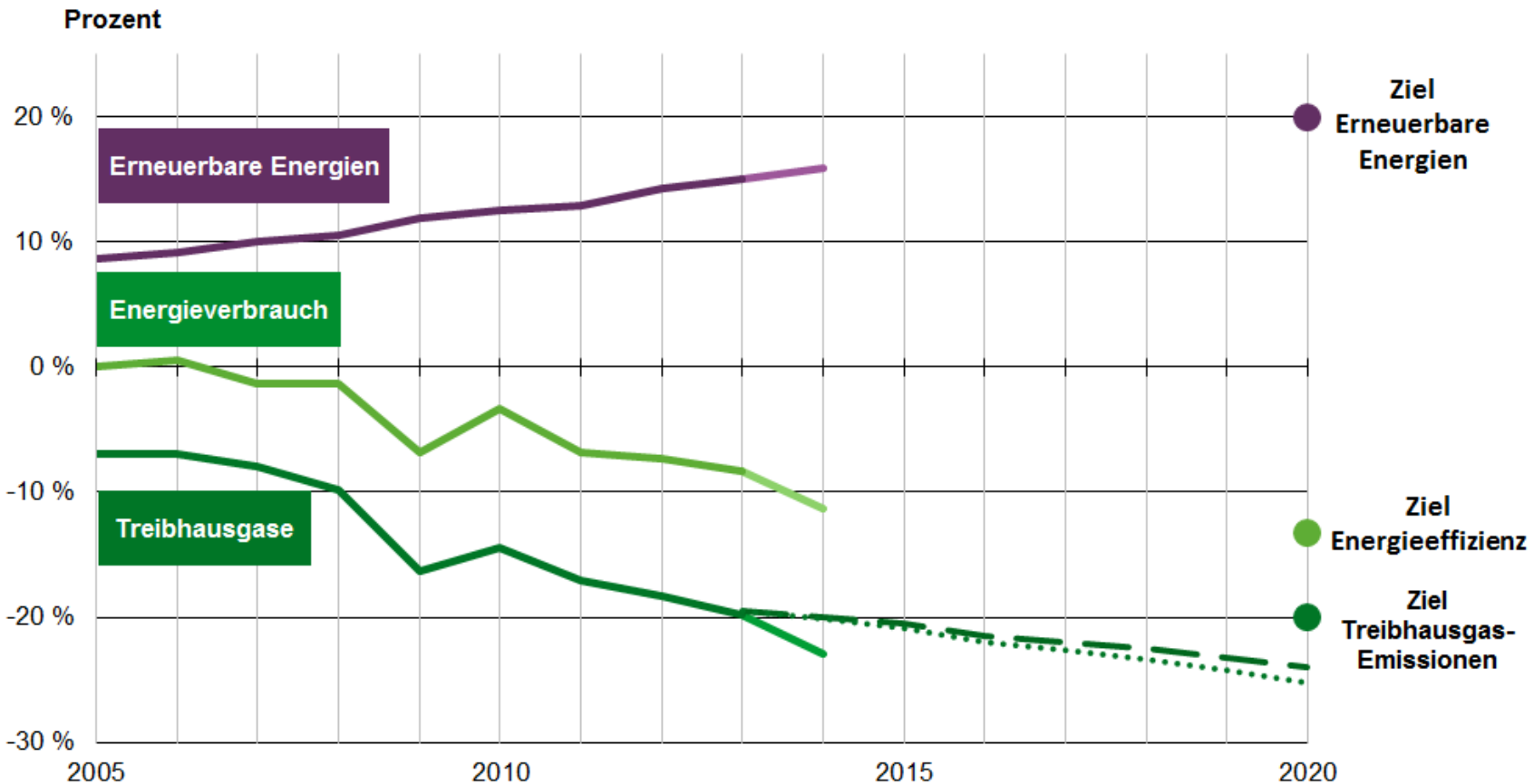
3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN JÜNGERER ZEIT – (2) HANDELBARE ZERTIFIKATE

Abb. 3.2: Entwicklung der österreichischen Treibhausgasemissionen in Relation zu aktuellen politischen Zielen



Quelle: eigene Darstellung; C=2-Emissionen gemäß UBA, Okt. 2017

Abb. 3.4: Fortschritte der EU bei der Umsetzung der Klima- und Energieziele für 2020



Quelle: Umweltbundesamt, Stand Oktober 2016

Ziel für die Erneuerbaren Energien: 20 % Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch der EU im Jahr 2020 (gegenüber 9 % im Jahr 2005).
Ziel für die Energieeffizienz: Senkung des Energieverbrauchs bis zum Jahr 2020 um 20 % gegenüber einem "business as usual" Szenario, was einer Abnahme um 13 % gegenüber dem Jahr 2005 entspricht.
Ziel für die Treibhausgase: 20 % Minderung der Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 (die im Jahr 2005 erreichte Minderung entsprach -7 %). Die gestrichelten und punktierten Linien entsprechen Emissions-Projektionen, die auf im Jahr 2015 übermittelten Daten der Mitgliedstaaten beruhen.

Quelle: European Environment Agency (EEA), EEA Report No 4/2015, Trends and projections in Europe 2015, Figure ES.1

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Zwei zentrale Fragen:

4.1 Warum wird eine ökosoziale Marktwirtschaft nicht eingeführt oder verstärkt ausgebaut?

4.2 Was könnte getan werden?

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Frage 4.1: Warum keine ökosoziale Marktwirtschaft?

- (1) Die wichtigsten *Entscheidungsträger*, insbesondere die betroffenen Interessensgruppen, die Politiker und deren Umweltbürokratie, sehen *ihre eigenen Interessen* mit der *traditionellen Politik* der *Ge- und Verbote* besser gewahrt als durch den *Ausbau einer ökosozialen Marktwirtschaft*.
- (2) Für die Politiker gilt, dass gerade der nur sehr langfristig auftretende Nutzen einer ökologisch orientierten Marktwirtschaft im Hinblick auf zukünftige Generationen kaum Wählerstimmen zu lukrieren vermag.

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Frage 4.1: Warum keine ökosoziale Marktwirtschaft?

- (3) Erschwert wird dies dadurch, dass den derzeitigen Generationen/den Wählern sofort beträchtliche steuerliche Lasten auferlegt werden - ein Umstand, der dann zu einer noch geringeren Durchsetzbarkeit einer ökologischen Steuerpolitik im politischen Prozess führt.
- (4) Wegen dieser Nachteile haben die Regierung wenig Interesse daran, ökologisch effiziente (d.h. mit Lenkungseffekten verbundene) Instrumente einzusetzen. Sie werden eher auf die Instrumente zurückgreifen, mit denen eine symbolische Umweltpolitik („Öko-Illusion“ oder reine „Phrase“) betrieben werden kann.

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Frage 4.2: Was könnte man institutionell tun, um schneller Änderungen herbeizuführen:

- (1) Die Einführung von Volksabstimmungen bzw. die Möglichkeit von Initiativen über bestimmte Einzelmaßnahmen. Damit ist die Agenda-Setting-Power der Regierung und des Parlaments gebrochen und der Bürger kann von sich aus tätig werden.
- (2) Eine wesentlich stärkere ökologisch orientierte Aufklärung und Auszeichnung bei Produkten und Dienstleistungen (Kauf heimischer Nahrungsmittel!).

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Bleibt ökosoziale Marktwirtschaft eine Träumerei oder kann sie zur realistischen Alternative werden?

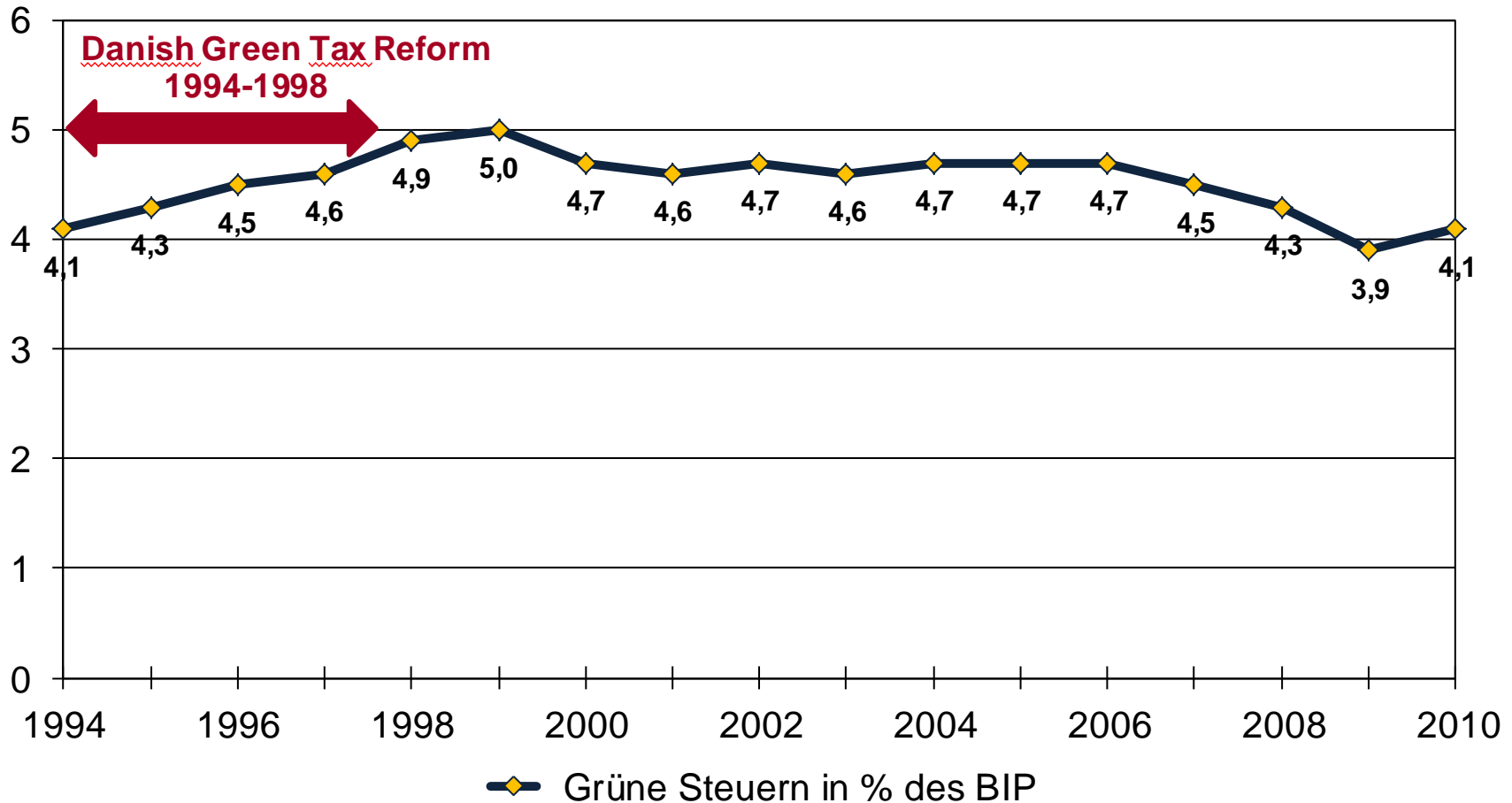
Nur dann, wenn

- (1) die Regierung und wir, die Steuerzahler/Wähler, mit gutem Beispiel vorangehen und ökosoziale Impulse starten,**
- (2) die Einsicht der Wähler zum ökologischen Handeln noch weiter verstärkt und auch belohnt wird, und**
- (3) die internationalen Bemühungen zu einem weltweiten Klimaschutz verstärkt werden.**

**DANKE FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT!**

APPENDIX A: DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Abb. A.1: Die Reform der Dänischen Steuerstruktur in den 1990ern



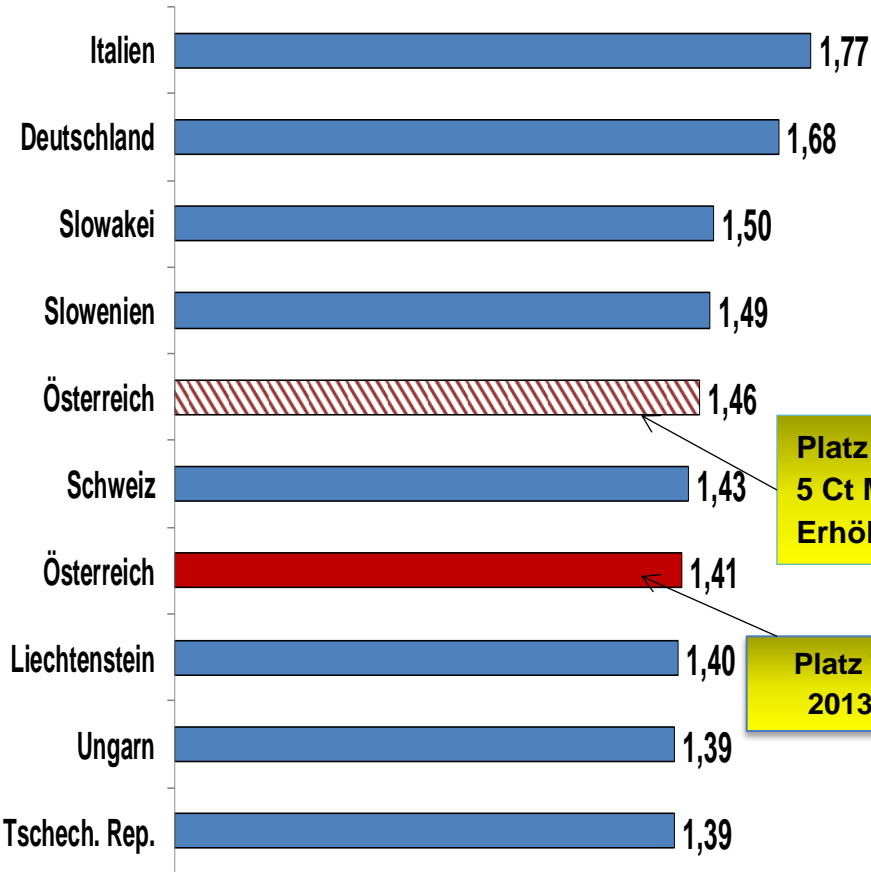
Die Einkommensteuer wurde von 1994 bis 2000 von 27,0 auf 25,8 % gesenkt.

Quelle: Danish Ministry of Taxation

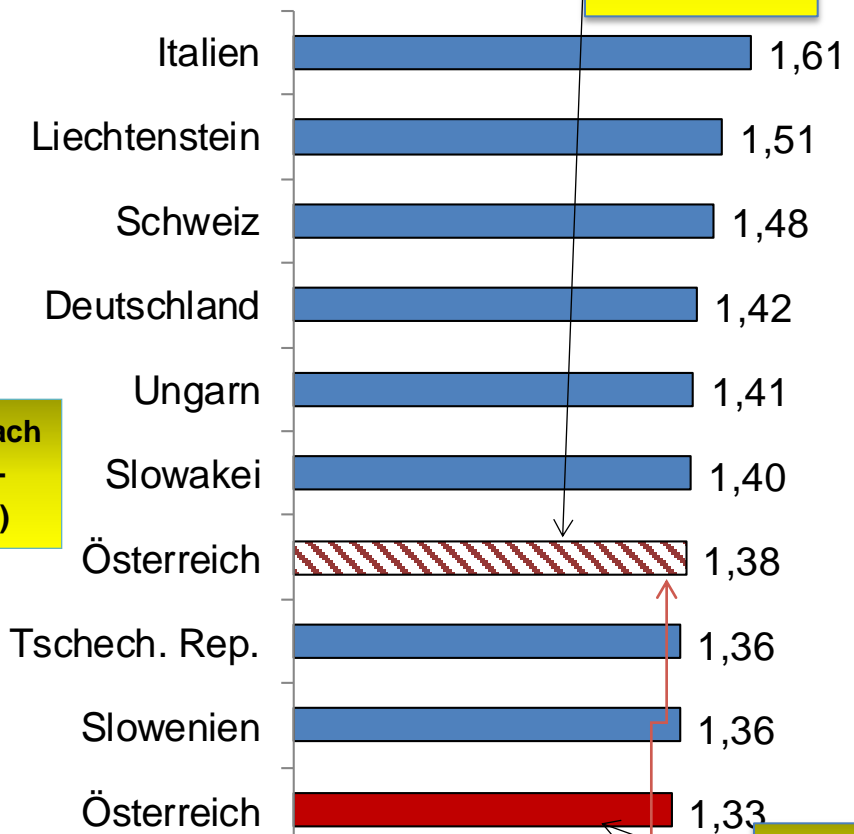
APPENDIX A: DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Abb. A.2: Österreichs Spritpreise

Benzinpreis (€/l Super)



Dieselpreis (€/l)



Platz 7 (nach 5 Ct MöSt-Erhöhung)

Platz 5 (nach 5 Ct MöSt-Erhöhung)

Platz 7 2013

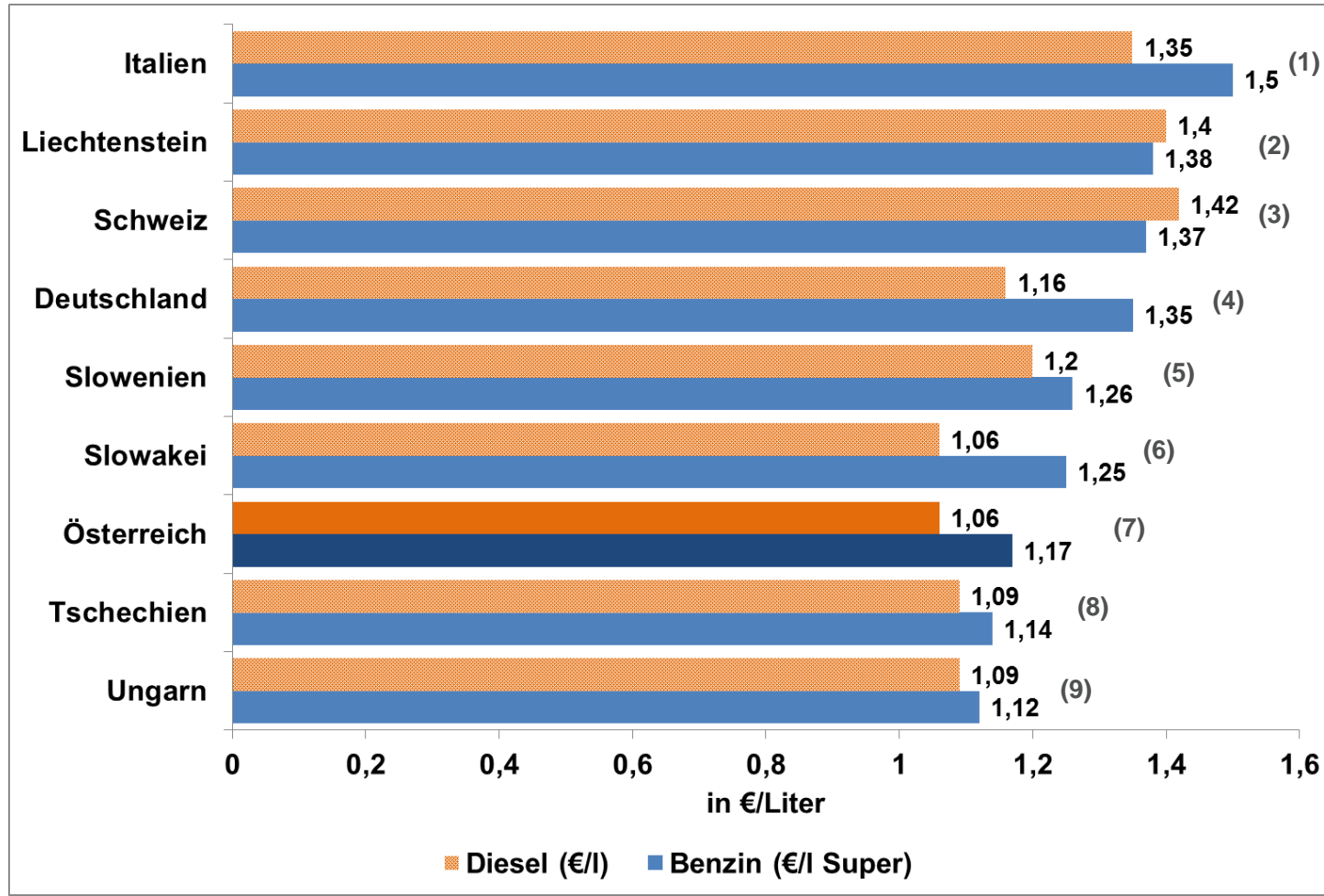
Auch nach Erhöhung weit hinten!

Platz 10 2013

Quelle: www.benzinpreis.de

APPENDIX A: DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Abb. A.3: Spritpreise in ausgewählten neun Ländern im Oktober 2017; Rang ()¹⁾

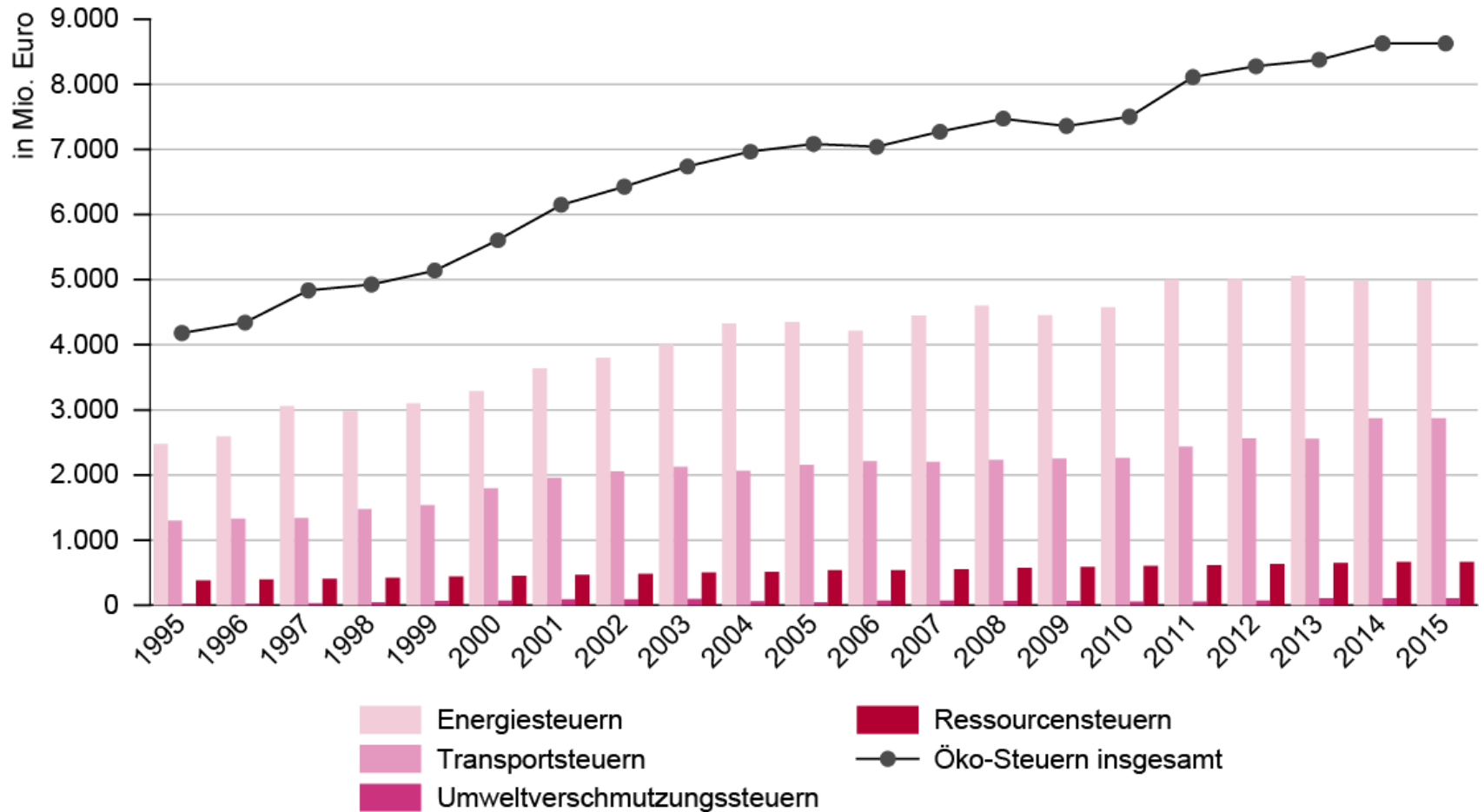


1) Rang 1 = höchster Wert

Quelle: www.benzinpreis.de, Stand Oktober 2017

APPENDIX A: DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Abb. A.4: Öko-Steuern im Sinne der VGR¹); Österreich



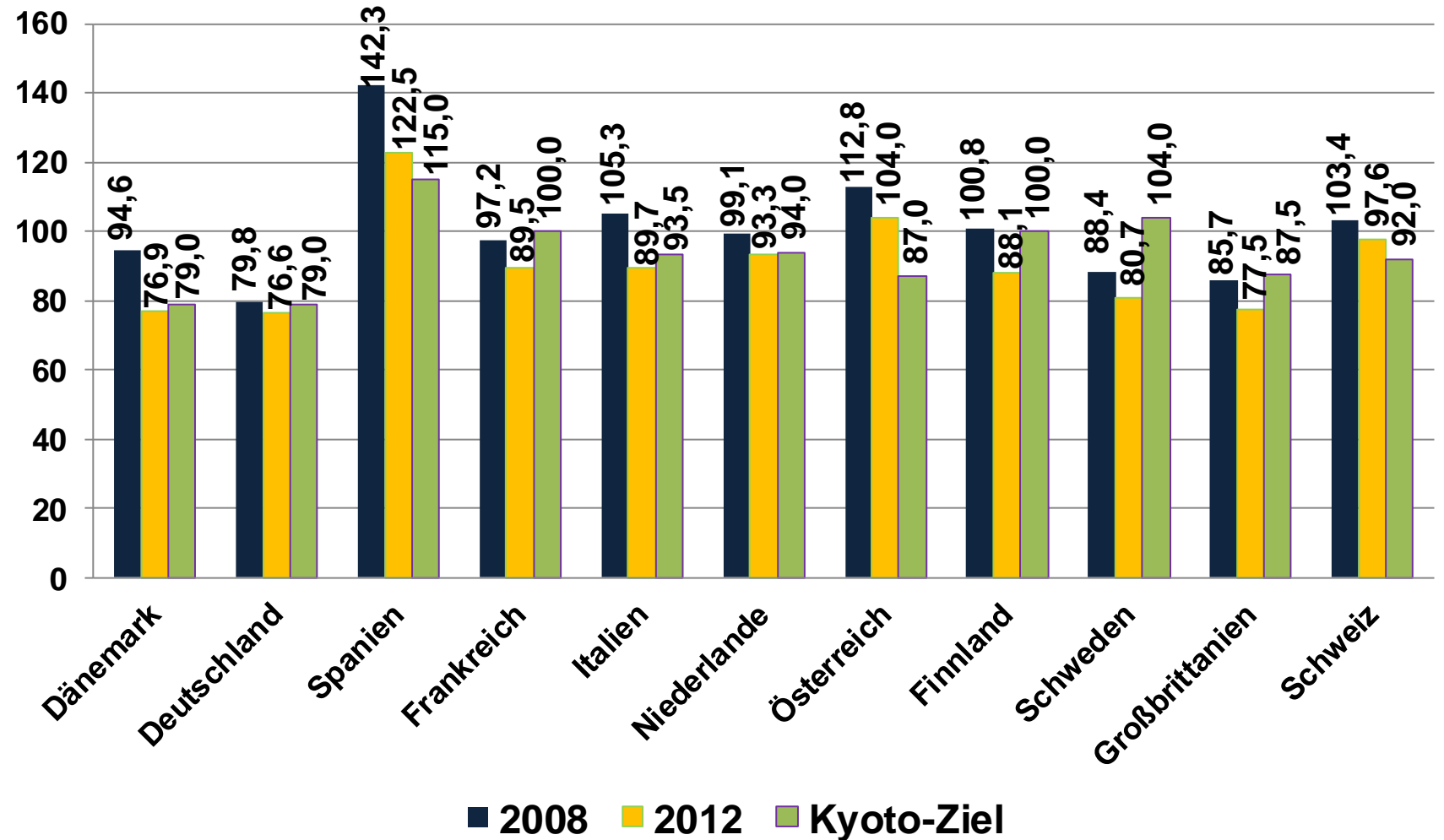
Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern. Erstellt am 01.03.2017, im Auftrag des BMLFUW.

Tab. A.1: Anteil der Steuerarten am Steueraufkommen insgesamt, internationaler Vergleich

Steuerart	Land	2000	2008	2011	2000-2011
		in % des gesamten Steueraufkommens			Veränderung in %-Punkten
Konsum	Deutschland	25.7	27.4	28.2	2.5
	EU 17	32.2	31.7	32.4	0.2
	<i>Österreich</i>	<i>28.6</i>	<i>27.3</i>	<i>27.9</i>	<i>-0.7</i>
	Denmark	31.8	32.2	31.6	-0.2
Arbeit	Deutschland	51.5	48.6	49.0	-2.5
	EU 17	42.9	43.2	44.2	1.3
	<i>Österreich</i>	<i>50.2</i>	<i>50.0</i>	<i>50.5</i>	<i>0.3</i>
	Denmark	44.0	43.2	40.5	-3.5
Kapital	Deutschland	16.1	17.1	15.9	-0.2
	EU 17	21.9	21.8	19.9	-2.0
	<i>Österreich</i>	<i>15.9</i>	<i>17.1</i>	<i>15.6</i>	<i>-0.3</i>
	Denmark	14.6	14.8	17.8	3.2
Umwelt	Deutschland	5.8	5.7	5.8	0.0
	EU 17	7.4	6.9	7.2	-0.2
	<i>Österreich</i>	<i>5.6</i>	<i>5.6</i>	<i>5.8</i>	<i>0.2</i>
	Denmark	9.6	8.8	8.5	-1.1

Quelle: EU-Kommission

Abb. A.5: Emissionen von Treibhausgasen (ausgenommen Int. Luftverkehr) – Index der Gesamtreibhausgasemissionen und Kyoto-Zielwerte – in CO₂- Äquivalenten (Basisjahr 1990 = 100); ausgewählte Länder, Jahre 2008 und 2012



Wert für die Schweiz 2011 statt 2012

Quelle: European Environment Agency (EEA), entnommen Eurostat Database, März 2015.